

Bayern,

Land der Lager.

Und der Proteste.

In Regensburg soll zeitnah ein *Transitzentrum* entstehen. Menschen mit „geringer Bleibeperspektive“ sollen hier nach ihrer Einreise aufgefangen und gleich wieder abgeschoben werden. Die viel beschworene Integration wird somit bereits im Keim erstickt. Doch in Bayern formiert sich Widerstand gegen die Abschiebepolitik. Ein Überblick. Von *NoDeportation.Nowhere* aus Regensburg.

Als Teil des *Sofortprogramms Innere Sicherheit* beschloss der bayerische Ministerrat die Einrichtung von Transitzentren in Regensburg, Deggendorf sowie in Ingolstadt/Manching. Das von Sozialministerin Emilia Müller eingebrachte Konzept sieht vor, dass Geflüchtete mit „geringer Bleibeperspektive“ möglichst schnell wieder abgeschoben werden sollen. Geflüchtete werden nicht mehr wie früher auf die Kommunen verteilt, sondern in den Transitzentren gesammelt. Mit diesem neuen Verfahren verfolgt die Bayerische Staatsregierung zwei klar formulierte Ziele: Zum einen sollen Abschiebungen durch die zentrale Unterbringung erleichtert werden – liegen doch alle Transitzentren mit guter Anbindung zu Flughäfen. Zum anderen soll durch die gesammelte Unterbringung verhindert werden, dass sich der Aufenthalt der Geflüchteten in Bayern festigt. Nachzulesen ist dies offiziell online im Bericht aus der Kabinettsitzung vom 21. März 2017.

Schaut man sich ähnliche, in Bayern bereits bestehende Lager an, wird deutlich, dass der Begriff des Transitzentrums nichts weiter ist als eine beschönigende Umschreibung für die menschenverachtende bayerische Abschiebepaxis. Bereits im Herbst 2015 wurden in Ingolstadt/Manching sowie in Bamberg vergleichbare Abschiebelager eingerichtet. Den Sinn und Zweck dieser Einrichtungen formulierte die Regierung von Oberfranken wie folgt: „Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, Ausländer aus sicheren Herkunftsstaaten mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit in der für sie zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu konzentrieren. Dies dient unmittelbar der Verfahrensbeschleunigung und damit dem öffentlichen Interesse an einem möglichst effizienten Einsatz öffentlicher Mittel. Dieser effiziente Mitteleinsatz ist angesichts des massenhaften Zustroms von Ausländern unverzichtbar“ (aus einem Umverteilungsbescheid der Regierung von Oberfranken im Winter 2015).





Dombesetzung:

Am 5. Juli 2016 suchen 45 Männer, Frauen und Kinder Schutz vor ihrer Abschiebung.

Abschiebungen gelingen reibungsfreier, wenn sie heimlich, still und leise geschehen

Die Wortwahl mag unüberlegt oder zumindest unglücklich sein, der Inhalt der Aussage zeigt aber auch die Intention der bayerischen Asylpolitik. Schon bald berichteten dort untergebrachte Menschen von den katastrophalen Zuständen in diesen Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE). Mit Fotos und Videoaufnahmen dokumentierten die kasernierten Personen die menschenunwürdige Unterbringung, oft weitab gelegen von der hiesigen Bevölkerung in Industrie- oder Gewerbegebieten. Diese Umstände sowie der erschwerte Zugang zu Sozial- und Rechtsberatung sollen die Geflüchteten zur ‚freiwilligen Ausreise‘ drängen oder dafür sorgen, sie möglichst „effizient“ wieder abschieben zu können. Abschiebungen gelingen reibungsfreier, wenn sie heimlich, still und leise geschehen, und weder den Betroffenen noch Unterstützenden die Möglichkeit eines Protests oder Widerstands geboten wird.

Im Zuge der aktuellen Umstrukturierung werden die ARE Ingolstadt/Manching sowie die bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen in Regensburg und Deggendorf zu Transitzentren im Sinne der bayerischen Regierung umbenannt. Ob sich durch eine solche Umbenennung etwas an den menschenverachtenden Zuständen in diesen Lagern ändern wird, ist fragwürdig. Schließlich bleiben die beiden wichtigsten Ziele – effiziente Abschiebungen und Integrationsverhinderung – im Konzept der Transitzentren bestehen.

Widerstand gegen die bayerische Abschiebepolitik – Von Manching zur Dombesetzung in Regensburg

Vor genau einem Jahr regte sich wieder ein größerer Widerstand gegen die bayerische Abschiebepolitik. Circa 45 Männer, Frauen und Kinder, zum Großteil aus der ARE Ingolstadt/Manching, besetzten am 5. Juli 2016 den Regensburger Dom, um bei der Kirche um Schutz vor ihrer drohenden Abschiebung zu bitten. Zwar erregte die Aktion bundesweit Aufmerksamkeit. Jedoch waren die Bemühungen der Protestierenden vergeblich: Bis auf zwei Familien wurden alle Protestierenden abgeschoben. Einer dieser Familien wurde im letzten Moment und nur durch größte Anstrengung seitens Rechtsanwält*innen und Sozialarbeiter*innen subsidiärer Schutz gewährt, weil das Überleben eines der Kinder im Herkunftsland nachweislich nicht gesichert wäre.

Ohne die Netzwerke und Kontakte zu Rechts- und Sozialberatungsstellen wäre nicht einmal dies möglich gewesen.

Die andere Familie kämpft bis heute um ihr Bleiberecht. Zwei Abschiebever-

suche wurden jeweils in letzter Sekunde von den Behörden abgebrochen. Beim ersten Mal wurden der Mann sowie der vierzehn Jahre alte Sohn an Händen und Füßen gefesselt. Als die Mutter mit dem Anwalt der Familie telefonieren wollte, wurde sie von den Beamt*innen gewaltsam zu Boden gebracht. Dies alles geschah vor den Augen der zwei Jahre alten Tochter. Im Münchner Flughafen erlitt die Mutter einen psychischen Zusammenbruch, woraufhin die Abschiebung ausgesetzt wurde. Seitdem befindet sich die Frau in psychiatrischer Behandlung. Die zwei Jahre alte Tochter zeigte nach diesem brutalen Übergriff Anzeichen selbstverletzenden Verhaltens. Sie verweigerte zeitweise die Nahrungsaufnahme und musste ebenfalls psychiatrisch versorgt werden. Die beiden älteren Kinder wurden in der Zwischenzeit vom Jugendamt in Obhut genommen. Dies alles hinderte die Behörden nicht, bereits wenige Wochen später im April 2017 eine erneute Abschiebung anzuordnen, obwohl sich die Mutter noch immer in stationärer Behandlung befand und der Vater den Polizist*innen ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand seiner jüngsten Tochter vorlegen konnte. Die Mutter bekam von all dem nichts mit. Die Abschiebung wurde letztendlich von einem Arzt am Frankfurter Flughafen gestoppt. Der Bayerische Flüchtlingsrat bezeichnete das rücksichtslose Vorgehen der bayerischen Behörden als Tabubruch, da das Innenministerium bis dahin die Linie verfolgt habe, Familien bei Abschiebungen nicht zu trennen.

Zivilgesellschaftlicher Widerstand regt sich

Der Kinderarzt Thomas Nowotny, der in der *Bayerischen Ärzteinitiative für Flüchtlingsrechte* aktiv ist, legte in diesem Fall Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter der zentralen Ausländerbehörde und dessen Mitarbeiter*innen ein. Seiner Ansicht nach seien bei den versuchten Abschiebungen Mutter und Tochter schwer traumatisiert worden. Herr Nowotny setzte sich nicht nur für die oben genannte Familie ein. Er organisierte beispielsweise auch Protestaktionen gegen Abschiebungen nach Afghanistan oder sprach sich auf diversen Veranstaltungen überzeugend sowie auch

fachlich fundiert gegen Abschiebungen aus. Nowotny ist momentan eine der bekanntesten Einzelpersonen, die sich für Bleiberecht von Geflüchteten einsetzen. Daneben ist auch zu beobachten, dass sich ein breiterer gesellschaftlicher Widerstand gegen die bayerische Abschiebepolitik formiert. So demonstrierten in Regensburg am 20. Mai 2017 mehrere hundert Menschen unter dem Motto *Ausbildung statt Abschiebung* gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Schon eine Woche später protestierten 200 Personen gegen das kommende Transitzentrum in Regensburg und gegen Abschiebungen im Allgemeinen. Am Ende dieser Demonstration wurde zur Gründung eines Bündnisses gegen Abschiebelager aufgerufen, was für Regensburger Verhältnisse auf großes Interesse stieß. Das neu ins Leben gerufene Bündnis beschäftigt sich derzeit mit der besseren Vernetzung in der Stadt und betreibt regelmäßige Infostände vor dem Abschiebelager.

Auch in anderen Städten tragen Menschen ihren Unmut auf die Straße. Wenige Tage nach dem oben geschilderten brutalen Abschiebeversuch beteiligten sich etwa zwanzig Menschen an einer Protestaktion vor dem Abschiebelager am Audi-Kreisel in Ingolstadt. An einer Fußgängerampel wurden die dort haltenden Verkehrsteilnehmer*innen mit Flugblättern und Transparenten über die Praxis der Abschiebebehörden informiert. Der Staatsschutz ermittelt gegen die beteiligten Personen. Selbst im beschaulichen Eichstätt gingen 350 Personen gegen die Inbetriebnahme der neu-ansässigen Abschiebehaftanstalt auf die Straße. Dem Domprotest im letzten Jahr folgten aber auch weitere selbst organisierte Proteste von Geflüchteten: Nach einer mehrwöchigen Dauerkundgebung am Sendlinger Tor brachen im Oktober 2016 an die hundert Geflüchtete zu einem Protestmarsch von München zum Sitz des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg auf. Vor wenigen Wochen trat vor dem Landratsamt Ebersberg eine Gruppe Geflüchteter in den trockenen Hungerstreik als politisches Statement für Bleiberecht sowie für Arbeitserlaubnis.

Reaktion auf den Widerstand seitens der Politik

Überregionales Echo erfolgte auf einen Blockadeversuch gegen eine Abschiebung in Nürnberg Anfang Juni. Ein Zwanzigjähriger wurde von Polizeibeamt*innen aus dem Unterricht an einer Berufsschule geholt, wonach er zu einem Abschiebeflug nach Afghanistan am Abend gebracht werden hätte sollen. Seine Mitschüler*innen zeigten sich jedoch solidarisch und versuchten die Abschiebung zu verhindern, indem sie sich vor das Einsatzfahrzeug der Polizei setzten. Innerhalb kurzer Zeit sammelten sich mehrere hundert Menschen vor der Schule, schlossen sich dem friedlichen Protest an. Die Beamt*innen zerrten den Schüler von einem Einsatzwagen in den nächsten, um so die Blockaden zu umgehen. Mit dem Eintreffen der Bereitschaftspolizei eskalierte die Situation. Diese ging mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Hunden gegen die Protestierenden vor. Die Ereignisse machten Schlagzeilen und die verstörenden Bilder schafften es bundesweit in die Medien, befördert wohl auch durch die Nachricht vom fast gleichzeitig stattfindenden Terroranschlag in der afghanischen Hauptstadt Kabul. Die Abschiebung des jungen Mannes wurde letzten Endes ausgesetzt. Nicht aufgrund der Proteste, sondern aus Rücksicht auf die deutschen Botschaftsangehörigen in Kabul. Die Botschaft wurde bei dem Anschlag massiv beschädigt und die Angestellten hätten zwischenzeitlich Wichtigeres zu tun, als einen ankommenden Abschiebecharterflug zu verwalten, ließ Bundesinnenminister Thomas de Maizière verlautbaren.

Die Errichtung von Transitzentren oder Abschiebungen in Kriegsgebiete sind Wahlkampf auf Kosten der Betroffenen

Erst im Nachgang dieses Geschehnisses wurde in der Öffentlichkeit erhebliche Kritik geäußert. Lehrkräfte, Bürgermeister*innen und andere kritisierten sowohl den Eingriff in den schützenswerten Schulalltag als auch den gewaltsamen Polizeieinsatz und das Vorgehen der Ausländerbehörde. Letztere hatte den Abschiebebescheid zum Zeitpunkt der Abschiebung noch nicht zugesandt und wollte damit offenbar mögliche Rechtsmittel des jungen Schülers unterbinden.

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann versuchte das Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen, indem er von „linksextremen Gewalttätern“ sprach, von denen die Gewalt angeblich zuerst ausgegangen

Das Netzwerk no deportation, nowhere agiert bayernweit und besteht aus verschiedensten Personen, die sich gegen Abschiebungen einsetzen. Mehr Infos unter: <https://nodeportation.net>



sei. Hermanns Behauptungen, wie auch die der Ausländerbehörde, der betroffene Schüler hätte nicht mitgewirkt bei der Feststellung seiner Identität beziehungsweise Besorgung afghanischer Papiere, erwiesen sich im Nachhinein als falsch. Mehrere Augenzeug*innen berichteten von der friedlichen Haltung der Protestierenden und dem von Beginn an aggressiven Vorgehen der Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei. Der von der Polizei beantragte Haftbefehl gegen den jungen Mann wurde vom Gericht abgelehnt.

Die Stimme der Unerwünschten

Die Geschehnisse in Nürnberg zeigen die Bedeutung und potentielle Wirksamkeit von Widerstand gegen die repressive Abschiebepolitik auf – selbst wenn er nur von einer Handvoll Menschen ausgeht. Zwar konnte der Abtransport des Nürnberger Schülers nicht verhindert werden, jedoch wurde der reibungslose Ablauf der Abschiebung durch die Initiative der Protestierenden massiv gestört. Ein Großaufgebot der Polizei war nötig, um den Abtransport durchzuführen. Die Aktion geriet bundesweit in die Presse und das aggressive Vorgehen der Behörden gegen zivilgesellschaftlichen Widerstand wurde entlarvt. Andere Abschiebeversuche, andere Proteste erreichen diese mediale Präsenz nicht.

Hinter der Ausweitung der Abschiebemaschinerie steht der Versuch, den von AfD & Co nur am unverhohlenen formulierten „Volkswillen“ zu mehr Abschottung und Nationalität durch offensiv betriebene staatliche Repression zu befriedigen. Die Errichtung von Transitzentren - welche es faktisch schon lange gibt - oder Abschiebungen in Kriegsgebiete sind Wahlkampf auf Kosten der Betroffenen. Dabei darf nicht vergessen werden, diese Repression als solche zu benennen. Und sie muss im aktuellen politischen Geschehen verortet werden. Hierbei wäre es fatal, die Stimmen der Betroffenen zu überhören.

Die Menschen in den alten Abschiebelagern sowie in den neuen Transitzentren erfahren tagtäglich das Leben als Unerwünschte, als Ausgegrenzte, als Menschen mit weniger Rechten. An ihren Forderungen muss praktische Solidarität ansetzen. Der momentan durchaus breite Widerstand gegen den Weg in eine bayerische Lagerkultur darf nicht abflauen. Mit den Betroffenen gemeinsam müssen deren rechtmäßige Kernforderungen nach Freiheit, für Bleiberecht und Arbeitserlaubnis vertreten und umgesetzt werden. In vielen Städten treffen sich Menschen und über-

legen, wie dies bewerkstelligt werden kann. In vielen Lagern sitzen verzweifelte Menschen, die auf ihre Abschiebung warten. In vielen Köpfen ist nach bald zwei Jahren mit verschiedenen Lagern noch immer kein Bewusstsein für diese Unmenschlichkeit vorhanden.

Die bayerische Abschiebepolitik betreibt währenddessen unbeirrt ihre brutale Selektion und nimmt die Traumatisierung von Menschen gerne in Kauf, die sie lebensbedrohlichen Umständen aussetzt, um nur ja ihr Banner der inneren Sicherheit hochhalten zu können. In welcher famosen Wertegesellschaft wir nicht leben!<